

Antikapitalistisches Manifest für ein anderes Europa:

**sozial und demokratisch, ökologisch und feministisch,
friedensbewegt und solidarisch**

Der 15. Februar 2003 war ein historisches Datum: Dutzende Millionen in der ganzen Welt sind aufgestanden, um den Krieg zu verhindern. Diese beispiellose Mobilisierung drückte auch ein dringendes politisches Bedürfnis aus: den herrschenden Klassen einen globalen Frieden, gerechte Verhältnisse, internationale Solidarität und soziale Gleichheit aufzuzwingen.

Dieser Tag war auch die Geburtsstunde eines anderen Europa. Von da an widersetzt sich der Europäischen Union (EU), diesem staatlichen Instrument der Industrie- und Finanzoligarchie, dieses neue Europa von unten.

Die Welt der Arbeit hat sich wieder mobilisiert. Fast in jedem Land haben die arbeitenden Klassen demonstriert und sektorielle, branchenübergreifende Streiks bis hin zu Generalstreiks organisiert. Nach Italien, Spanien, Griechenland und Frankreich, die den Anfang machten, hat sich in Ländern wie Deutschland und Österreich eine beispielhafte kämpferische Einstellung manifestiert, von der die mächtigsten und monolithischsten Gewerkschaftsbürokratien durchgerüttelt wurden. Die Agenda 2010 stößt auf erbitterten Widerstand, und der diskreditierte Schröder musste den Parteivorsitz der SPD abgeben, um die Partei angesichts der kommenden Wahlen vor einem Desaster zu retten.

Die Schockwelle der Antikriegsbewegung ist nicht abgeebbt. Ein Jahr nachdem Bush den Krieg angezettelt hat, gab es einmal mehr zahlreiche und mächtige Demonstrationen, vor allem in Spanien, Italien und Britannien. Sie üben weiterhin Druck auf die »offizielle« Politik aus. Gegen jede Erwartung wurde Aznar, der Freund von Bush, durch ein spektakuläres Eingreifen der Bevölkerung bei den Parlamentswahlen gestürzt: Sie zahlte ihm seine verachtungswürdige Staatslüge heim, und dass er sich brutal über die massive Opposition gegen den Krieg hinweggesetzt hatte.

Die Schlussfolgerung ist klar: die Politik des »permanenten Kriegs« und die neoliberale Politik sind unpopulär und werden abgelehnt. Den Rechtsregierungen, die von Bevölkerungsmehrheiten abgewählt worden sind, folgen Mitte-Links-Regierungen, die aber nicht mit der neoliberalen und imperialistischen Politik brechen. Die gesellschaftliche Kraft der Antikriegsbewegung und des Europäischen Sozialforums muss auch auf politischer Ebene zum Ausdruck kommen, bei Wahlen und durch den Aufbau einer breiten und pluralistischen antikapitalistischen politischen Kraft.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 sind eine Gelegenheit, für Forderungen und Vorschläge einzutreten, für die die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung wieder und wieder auf die Straße gegangen ist: Gegen die reaktionäre,

undemokratische und unsoziale Verfassung der EU; gegen imperialistischen Krieg und europäischen Militarismus, für Frieden und allgemeine Abrüstung, angefangen im eigenen Land; gegen die neoliberale Politik und für ein antikapitalistisches Sozialprogramm.

1. Ein menschenwürdiges Leben für alle, in Europa und weltweit

Die soziale Frage bestimmt das Leben von Millionen; für sie ist das die Priorität. Jeder Mann, jede Frau hat das Recht auf einen vollen und sicheren Erwerbsarbeitsplatz, auf einen anständigen Lohn, auf ausreichende Lohnersatzleistungen (bei Erwerbslosigkeit, Krankheit, Invalidität und in der Zeit nach dem Erwerbsleben), auf Wohnen, auf Bildung und Ausbildung, auf Gesundheitsversorgung guter Qualität.

Das bedeutet auch, dass die auf diesen verschiedenen Gebieten in den letzten zwanzig Jahren erlittenen Verschlechterungen rückgängig gemacht und darüber hinaus Verbesserungen verwirklicht werden. Das bedeutet auch eine radikale Verbesserung der Lage der Frauen, die gesellschaftlich in sozialer, politischer, rechtlicher Hinsicht und in den Institutionen noch immer benachteiligt sind. Die Umweltbedingungen machen einen Teil unseres Wohlergehens aus. Man darf die Wirtschaftspolitik nicht von den unverzichtbaren Maßstäben der nachhaltigen Entwicklung, der ökologisch verantwortlichen Gestaltung des Raums, der Mobilität und des Transports, der Landwirtschaft, der Herstellung ausreichender und gesunder Nahrungsmittel und der rationellen Nutzung der natürlichen Ressourcen trennen.

In ihrem Streben nach höchstmöglichem Profit behaupten die Unternehmer und die Regierungen, das alles sei »unbezahlbar« und »unpraktikabel«. Doch in der EU (ohne die Beitrittsländer) hat sich der produzierte Reichtum seit 1970 verdoppelt, während die Bevölkerungszahl gleich geblieben ist. Vom enormen Wachstum der Arbeitsproduktivität (durch technischen Fortschritt, wachsende Arbeitsintensität, Umwälzungen des Produktionsprozesses) hat die Klasse der Eigentümer profitiert. Man muss die enorme gesellschaftliche Ungleichheit antasten durch eine radikale Umverteilung des Reichtums zugunsten der Welt der Arbeit und der öffentlichen Dienste. Man muss die schleichende Privatisierung unserer Biosphäre stoppen, die unser Leben dem kapitalistischen Profit unterordnet.

Unter diesen Bedingungen kann man dann sagen: Ja, unsere Gesellschaft ist imstande, Wohlergehen für alle hervorzubringen, in Europa und weltweit.

2. Mit der neoliberalen Politik brechen: Unser Leben ist mehr wert als ihr Profit!

Die EU hat mit dem Vertrag von Maastricht ein System institutionalisiert, das eine eiserne Haushaltsdisziplin verordnet. Die Europäische Zentralbank ist zur Wächterin über diese monetaristische und neoliberale Orthodoxie gemacht worden. Das befördert radikalen Sozialabbau und verhindert eine alternative Wirtschaftspolitik. Indem die Masse der Bevölkerung, die sozialen Sicherungssysteme und öffentlichen Dienste ärmer gemacht werden, werden Privatisierungen unvermeidlich. Das Kapital findet dort ein weites Feld für die Plusmacherei. Sein Ziel ist nicht der Wiederaufschwung der Wirtschaft, sondern die Sanierung der Profitrate.

Diese Wirtschaftspolitik und ihr institutioneller Rahmen müssen auseinander genommen werden. Man muss die Maastricht-Kriterien und den Stabilitätspakt abschaffen. Wie die internationale soziale Bewegung treten wir für eine Tobin-Steuer ein, die den neoliberalen Kapitalismus und seine internationalen Institutionen (IWF, Weltbank...) wie auch die Finanzspekulation in Frage stellt und einer Wende der Sozialpolitik zugute kommt.

Wir kämpfen in unseren jeweiligen Ländern und auf europäischer Ebene für soziale Gleichheit und Vollbeschäftigung, für die Entwicklung der öffentlichen Dienste, für gesellschaftliche Investitionen und für einen garantierten Mindestlohn.

3. Ein Europa des Friedens statt der Großmacht Europa

Der Gipfel von Lissabon im März 2000 hat für die EU die Zielsetzung formuliert zur führenden Wirtschaftsmacht der Welt zu werden! Das kann nur mit ökonomischen, monetären, technologischen, politischen, kulturellen, medialen und militärischen Mitteln erreicht werden – gegen die anderen Großmächte USA und Japan, gegen die armen und abhängigen Länder und gegen die Welt der Arbeit in der EU selbst. Die EU hat sich als ein friedlicher, zivilisierter, humanitärer, multilateralistischer und das internationale Recht und die UNO respektierender Imperialismus präsentiert. Und zum ersten Mal haben die mit dem Aufbau der EU am meisten identifizierten herrschenden Klassen Europas in der Bevölkerung eine gewisse Legitimität errungen, indem sie sich der herrschenden Klasse in den USA widersetzen, wobei ihnen die auf Recht und Gesetz pfeifende Politik Bushs behilflich war.

Wir machen uns keinerlei Illusionen über die Pläne der EU. Wir sagen:

- Nein zum Krieg! Die EU muss den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte verwerfen.
- Bruch mit den USA und mit ihrer Politik des permanenten Präventivkriegs »gegen den Terrorismus«; raus aus der NATO!
- Gegen den im Aufbau begriffenen EU-Militarismus! Rückzug aller euro-imperialistischen Truppen (der EU und ihrer Mitgliedstaaten) aus Drittländern! Keine »humanitären« Militärinterventionen! Auflösung des Eurokorps und der Eingreiftruppen!
- Zerstörung aller (atomaren, biologischen, chemi-

schen) Massenvernichtungswaffen!

- Nein zur europäischen Rüstungsindustrie, nein zum Waffenexport; Schluss mit der Rüstungsproduktion und Konversion in zivile Produktion.

4. Unsere demokratischen Freiheiten verteidigen!

Die Strategie des »permanenten Kriegs« hat sich als wirksames Mittel erwiesen, die demokratischen Rechte anzugreifen und die Freiheiten der Masse der Bevölkerung einzuschränken. Indem sie eine Atmosphäre ständiger Unsicherheit und Angst schaffen, wollen die herrschenden Klassen uns vor die folgende Wahl stellen: »Wenn eure Sicherheit gewährleistet werden soll, dann müsst ihr den Abbau eurer Freiheitsrechte akzeptieren.« Im Namen des Kampfs gegen den Terrorismus hat Bush den Staatsterrorismus legalisiert. Und Sharon folgt ihm auf diesem Weg.

Von September 2001 an hat die EU den »Kampf gegen den Terrorismus« nicht etwa gegen terroristische Gruppen eingesetzt, die es in Europa damals gar nicht gab, sondern genutzt, um im passenden Moment gewerkschaftliche, soziale, feministische, ökologische, antirassistische, politische Bewegungen und deren demokratische und öffentliche Aktivitäten für gesetzlos zu erklären, Aktivitäten, die sie nun qualifizieren kann als »vorsätzlich von einem Einzelnen oder einer Gruppe begangene Übergriffe gegen mehrere Länder, ihre Institutionen oder ihre Bevölkerungen, oder Übergriffe, die darauf abzielen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen eines Landes schwer zu beschädigen oder zu zerstören«. Seitdem entfaltet die EU auf europäischer Ebene eine ganze Palette von Repressionsinstrumenten: europäischer Haftbefehl, Euro-pol, schnellerer und vollständigerer Austausch von Informationen, koordinierte Unterdrückungsmaßnahmen, engere Zusammenarbeit mit dem CIA, Unterdrückung der MigrantInnen, Schaffung von »rechtsfreien« Räumen usw. – wenn auch die Rivalitäten unter den Staatsapparaten der Mitgliedsländer diesen Prozess verzögern.

Der Kapitalismus steckt in Schwierigkeiten. Von unten her ist er diskreditiert und von neuem offenen und massiven Protesten ausgesetzt. Darum deckelt oder unterdrückt er die Bewegungen und die Mobilisierungen. Es wird wieder bitter notwendig, die bedrohten demokratischen Freiheiten zu verteidigen und auszuweiten.

5. Einwanderinnen und Einwanderer und das Asylrecht verteidigen! Gegen die Festung Europa, gegen den Rechtsextremismus!

Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern in der ganzen Welt sind Opfer der kapitalistischen Globalisierung und der staatlichen Repression. Sie überleben unter Bedingungen, die sich ständig verschlimmern. Einige von ihnen versuchen verzweifelt, an der Legalität vorbei in die imperialistischen Hochburgen hinein zu kommen. Die EU hat mit dem Schengener Abkommen eine regelrechte Festung gebaut. Seitdem hat das europäische Unternehmertum eine legale Einwanderung gefordert und erhalten, die ihrem Bedürfnis nach bestmöglich ausbeutbaren Arbeitskräften ent-

sprechend selektiert wird. Das ist ein Schlag ins Gesicht jeder humanen Auffassung von Staatsbürgerschaft. Das ist ein Mechanismus, der von elementaren Rechten und gesellschaftlichen Dienstleistungen ausschließt.

Das Ergebnis ist eine humanitär unerträgliche Situation für die einwandernden Arbeiterinnen und Arbeiter. Zugleich entwickelt sich eine scharfe Konkurrenz zwischen den ärmsten der eingeborenen ArbeiterInnen und recht- und machtlosen Einwanderinnen und Einwanderern. Diesen latenten Konflikt nutzt die extreme Rechte (doch bei passender Gelegenheit auch die traditionellen Rechts- und Linksparteien), um Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Hass zu schüren.

■ Wir sind für volle Freizügigkeit der Personen und für die Aufkündigung des Schengener Abkommens, um den Einwanderinnen und Einwanderern die gleichen (gewerkschaftlichen und demokratischen) Rechte (einschließlich Wahlrecht) zu geben und die soziale Infrastruktur und qualitativ ansprechende öffentlichen Dienste wieder zu entwickeln und weiterzuentwickeln.

■ Wir sind gegen jede Fremdenfeindlichkeit und gegen jeden Rassismus, sei es von staatlichen Instanzen oder von Teilen der Bevölkerung. Man muss sich dafür einsetzen, dass die Einwanderinnen und Einwanderer keinerlei Diskriminierung auf der Ebene der Löhne sowie der Lebens- und Arbeitsbedingungen erleiden. Das ist eine gesellschaftspolitische und auch moralische Priorität für die soziale Bewegung und für die Gewerkschaften.

■ Wir sind solidarisch mit den Asylbewerbern und -bewerberinnen, mit allen, die unterdrückt werden und fliehen müssen, weil sie für die Freiheit kämpfen, für ihre Rechte, für ihre ideologischen oder religiösen Überzeugungen, für akzeptable Lebensbedingungen, für Demokratie, für ihre sozialen und revolutionären Bestrebungen.

6. Nein zur undemokratischen Verfassung des transnationalen Kapitals

Die Anstrengungen für die EU-Verfassung zielen darauf ab, den Inkohärenzen des staatlichen Apparats der EU ein Ende zu setzen. Das ist der Wille der Finanz- und Industrieoligarchie und einiger starker imperialistischer Staaten.

Denn erstens brauchen sie dringend ein starkes Regime im Dienste der Großmacht Europa. Dieser Staatsapparat ist stark geprägt von einer halbautokratischen Demokratie – die nicht gewählte europäische Exekutive (Ministerrat, Kommission, Europäische Zentralbank) beherrscht vollkommen das Parlament, das zwar per allgemeinem Stimmrecht gewählt wird, aber unter Vormundschaft steht. Dieser Staatsapparat untergräbt alle demokratischen Normen und Institutionen.

Zweitens fixiert diese Verfassung auf lange Zeit die Prinzipien des heutigen Kapitalismus: absolute Priorität für den Markt, für den Schutz des Privateigentums an den Produktions- und Zirkulationsmitteln und monetaristisch-neoliberale Politik. Im Gegensatz dazu wird auf europäischer Ebene das Recht auf Arbeit ausgeschlossen ebenso wie soziale Minimalbedingungen und branchenübergreifende Tarifverträge. Finanz-

Währungs- und Wirtschaftspolitik wird auf europäischer Ebene stark zentralisiert und von oben her durchgesetzt. Daraus folgt eine stetig wirkende Konkurrenz unter den arbeitenden Klassen der Mitgliedsländer, die »spontan« zur Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen führt.

Drittens eröffnet und organisiert diese Verfassung den Euromilitarismus als unverzichtbares Moment des europäischen Imperialismus: systematische Erhöhung der Rüstungsausgaben, europäische Rüstungsindustrie, Aufrechterhaltung der Bindung an die NATO und zugleich beginnende militärische Autonomie Europas, Engagement im ununterbrochenen Kampf »gegen den Terrorismus«.

Viertens verschlimmert die Stärkung der europäischen Exekutive (Europäische Kommission, Europarat, Regierungskonferenz, Europäische Zentralbank) das Demokratiedefizit und die institutionelle Hierarchie. Die europäische Exekutive wird die nationalstaatlichen Exekutiven verstärkt kontrollieren, die großen Mitgliedstaaten werden ihre Entscheidungen den kleinen und mittleren Mitgliedstaaten aufzwingen, und jeder Nationalstaat wird weiterhin freie Hand haben, mit seinen eigenen »kleinen« Völkern umzuspringen.

Diese undemokratische Verfassung entspricht vollkommen der Methode, mit der sie erarbeitet wurde: hinter verschlossenen Türen, von vertrauenswürdigen, handverlesenen Leuten, geführt von einigen »hochangesehenen Staatsmännern«. Eins ist sicher: diese Verfassung entspringt in keiner Weise dem Willen der Völker! Aus allen diesen Gründen sind wir gegen diese EU-Verfassung. Sie ist illegitim, undemokratisch, zutiefst unsozial! Sie kann nicht verbessert werden – sie muss verworfen werden!

Zu diesem Zweck unterstützen wir die Organisierung von Volksentscheiden.

Wir setzen uns für eine andere Gesellschaft und ein anderes, ein soziales und demokratisches, ökologisch verantwortliches und feministisches, friedliches und solidarisches Europa ein. Es sind die Völker und Nationen Europas, die zu entscheiden haben, wie und nach welchen gesellschaftlichen Grundsätzen und in welchen institutionellen Formen sie zusammenleben wollen. Für uns muss die Regierungsgewalt vom Volk als dem Souverän ausgehen.

Wir erkennen das demokratische Recht der »staatenlosen Nationen« an, ihre Zukunft selbst zu bestimmen und sind mit allen linken Kräften solidarisch, die in diesem Sinne kämpfen, ohne ein politisches Urteil zu fällen.

Da die Wahlkampagne mit der Vorbereitung der »konstituierenden« Regierungskonferenz – hinter verschlossenen Türen – zusammenfällt, werden wir Gelegenheit haben, diese Pseudoverfassung an den Pranger zu stellen und unsere Alternativen vorzustellen.

7. Mit dem Sozialliberalismus brechen! Ein anderes Europa ist möglich!

Ja, aber das erfordert eine außerordentliche Mobilisierung aller progressiven Kräfte. Denn wenn auch die Regierungen geschwächt sind, ist die EU doch, trotz ihrer vielen Krisen, eine auf Weltebene bedeutende imperialistische Macht geworden, die in der Lage ist,

soziale und demokratische Errungenschaften zu zerstören – die Früchte der Kämpfe der arbeitenden Klassen von 150 Jahren. Diese EU ist in erster Linie ein Projekt der Bourgeoisie und ihrer Parteien. Doch sie hätten nicht Erfolg gehabt ohne die aktive Mitarbeit der Blair, Schröder, Jospin, Felipe González usw. – kurz, der europäischen Sozialdemokratie. Sie übte lange Jahre die Regierungsmacht aus. Sie haben gemeinsam mehrere Jahre lang die Regierungen der Mitgliedstaaten und die zentralen Gremien der EU unter ihren Fittichen gehabt (Kommission, Rat, sogar die Zentralbank). Doch anstatt mit dem Neoliberalismus zu brechen, sind sie selbst Neoliberale geworden! Nichts lässt darauf schließen, dass sie einen Kurswechsel vollziehen werden.

Aus dem neoliberalen und imperialistischen System kommt man nicht Schrittchen für Schrittchen heraus. Dafür sind **ein radikaler politischer Bruch, eine alternative antikapitalistische Strategie und ein alternatives antikapitalistisches Programm notwendig.**

Der Kampf dafür liegt ganz bei denen »unten«, die das andere Europa repräsentieren. Dieses ist dabei zu reifen – mit den Antikriegsdemonstrationen, mit dem Einsatz für staatsbürgerliche Rechte, mit den Mobilisierungen für soziale Errungenschaften und Umweltschutz, mit den Frauenmärschen. Dieses Europa macht Fortschritte dank einer Vielfalt von Bewegungen und von Aktiven: der Gewerkschaften, der Bauernverbände, der im Umweltschutz engagierten Gruppen, der »-losen«-Bewegungen (Erwerbslose, Obdachlose, Ausweislose, Rechtlose), der antirassistischen Komitees, der Flüchtlingsbewegungen, derjenigen, die sich an den Universitäten wehren, der Nichtregierungsorganisationen, die sich für die »Dritte Welt« einsetzen, usf.

Das Europäische Sozialforum bietet einen europäischen demokratischen und einheitlichen Rahmen für eine neue Emanzipationsbewegung auf europäischer

Ebene. Sie stellt bereits eine gesellschaftliche Kraft dar, die sich auf der politischen Ebene noch durchsetzen muss. Unter ihrem Druck haben die traditionellen Gewerkschaften (insbesondere der Europäische Gewerkschaftsbund), die zwanzig Jahre lang hinter der EU und der neoliberalen Politik standen, den Weg der Aktion wiedergefunden, ohne allerdings eine kohärente und überzeugende Strategie zu entwickeln, die es erlauben würde, den Schub umzukehren und eine wirkliche Alternative zu präsentieren.

Ja, ein anderes Europa ist möglich, dass alle radikalen Kräfte sich mobilisieren, auf der Straße und an den Wahlurnen, bei den Kämpfen und bei den Wahlen. Denn eine andere europäische Linke ist nötig: antikapitalistisch und ökologisch, antiimperialistisch und antimilitaristisch, feministisch und demokratisch, antirassistisch und internationalistisch. Die Alternative zum Kapitalismus erhebt wieder ihr Haupt: eine sozialistische und demokratische, von unten her selbstverwaltete Gesellschaft ohne Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter und ohne Unterdrückung der Frauen, gegründet auf eine nachhaltige Entwicklung und in Gegensatz zu jenem Wachstumsmodell, das unseren Planeten bedroht.

Brüssel, den 29. April 2004

■ **Unterzeichnete Organisationen:**

Bloco de Esquerda (Linksblock, Portugal), *Enhedslisten* (Einheitsliste, Dänemark), *Scottish Socialist Party* (SSP), *RESPECT – The Unity Coalition* (England, Wales), *Socialist Workers Party* (SWP, Britannien), *Ligue Communiste Révolutionnaire* (LCR, Frankreich), *déi Lénk/La Gauche* (Luxemburg), *Esquerra Unida i Alternativa* (EUiA – Vereinigte und Alternative Linke, Katalonien), *Espacio Alternativo* (Spanischer Staat), *SYRIZA* (Bündnis der Radikalen Linken, Griechenland)



EAL-Broschüre: **Für eine antikapitalistische Linke in Europa**

3,- Euro · Bestellungen an:

C. Hoffmeier, Tel. (069) 78 80 31 99 · <choffmeier@gmx.de>

Lieferung unter 10 Exemplaren nur gegen Vorkasse (bitte 3,00 plus 1,50 Euro für Porto und Verpackung überweisen), bitte Anschrift mitteilen.

Ab 10 Exemplaren portofrei und Wiederverkäuferrabatt.

Inhalt:

1. Vorwort
2. Erklärung der 7. Konferenz der Europäischen Antikapitalistischen Linken: Ein anderes Europa ist möglich! Eine andere europäische Linke ist notwendig!
3. Erklärung der Freundinnen und Freunde der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) in Deutschland
4. Europa der Konzerne: Nein danke!
5. Länderinfos

Italien: Rifondazione Comunista – Aufbruch mit Widersprüchen

Frankreich: Die LCR von ihrer Gründung bis zur Gegenwart – Ein kurzer Überblick

England und Wales: RESPECT contra New Labour

Dänemark: Rot-Grüne Allianz in Dänemark – Erfolgsgeschichte mit Hindernissen

Schottland: Die Schottische Sozialistische Partei

Portugal: Portugals Linksblock

Irland: Klassenkampf führt zu Wahlerfolgen – Die Erfahrungen der Socialist Party in Irland

Russland: Russlands neue Linke – Der Golizino-Konsens

Texte zur Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL)